

**WEIL ES UM
MEHR
GEHT!**

TARIF
BEWEGUNG
2017

ver.di

Zweite Verhandlungsrunde mit der TdL am 30./31. Januar 2017 in Potsdam

Kein Angebot!

Jetzt: Die Antwort aus den Betrieben.



Kundgebung vor dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz

Foto: Wolfgang Wehnl

Das Ergebnis der zweiten Verhandlungs- runde in kurzer Zusammenfassung:

- Die Arbeitgeber legen kein Angebot zur Tabellenerhöhung bzw. zur Erhöhung der Auszubildendenvergütung vor. ver.di fordert, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, das Entgelterhöhungen einschließlich einer sozialen Komponente und der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 umfasst.
- Die Arbeitgeber wollen zu Verbesserungen bei der Entgeltordnung, insbesondere für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst sowie in der Pflege eine Prozessvereinbarung abschließen. Die Verhandlungen sollen erst nach der Tarifrunde geführt werden.
- Die Arbeitgeber wollen für die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst nicht die Regelungen für die Beamtinnen und Beamten über ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Dienst übernehmen.
- Die Arbeitgeber wollen keine Zusage zur Übernahme des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten geben. Das hätten die jeweiligen Landesgesetzgeber zu entscheiden.
- Die Arbeitgeber wollen keine tarifvertragliche Regelung zu sachgrundlosen Befristungen. Das sei Aufgabe des Gesetzgebers.

Weil es um mehr geht!

Unsere berechtigten Forderungen nach Verbesserungen bei der Entgeltordnung wollen sie erst nach der Tarifrunde verhandeln und somit auf die lange Bank schieben. Einen Abschluss gäbe es dann erst

Kolleginnen und Kollegen haben bundesweit vor der 2. Verhandlungsrunde mit Aktionen und Warnstreiks für ihre Forderungen demonstriert.



Am Verhandlungsort in Potsdam

Foto: Kay Herschelmann



Universität zu Köln

Foto: Uwe Meyeringh



Behördenzentrum Regensburg

Foto: Patrick Rostek



Zentrum für Psychiatrie Emmendingen

Foto: ver.di



Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Foto: ver.di



ver.di-Landesbezirksfachgruppe Feuerwehr in Mainz

Foto: ver.di



Foto: Kay Herschelmann

Sarah Maiwald

ver.di-Verhandlungskommission für die ver.di-Jugend

Die Arbeitgeber zeigen auch bei den Forderungen der Jugend ihre Verweigerungshaltung. Für mich ist das ein absolutes No-Go! Es geht hier um die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Nun müssen wir die Arbeitgeber an ihre Verantwortung erinnern. Das geht nur, wenn viele von uns bei den kommenden Aktionen und Warnstreiks dabei sind.



Foto: Kay Herschelmann

Roland Wegener

ver.di-Verhandlungskommission

Vor der nächsten Verhandlungsrunde ist es notwendig, dass die Länderbeschäftigten deutlich machen, dass eine Abkoppelung von den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen nicht hingenommen werden kann.



Bezirksregierung Köln

Foto: Dirk Hansen



Am Verhandlungsort in Potsdam

Foto: Kay Herschelmann



Am Verhandlungsort in Potsdam

Foto: Kay Herschelmann



Am Verhandlungsort in Potsdam

Foto: Kay Herschelmann



Am Verhandlungsort in Potsdam

Foto: Kay Herschelmann

in der nächsten Tarifrunde. Das würde bedeuten, dass insbesondere die Angleichung der Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder und der Erzieherinnen und Erzieher an den TV-L gebundenen Studentenwerke sowie der Pflegekräfte an die Bezahlung bei den Kommunen verzögert wird.

Trotz des Fachkräftemangels würden die Beschäftigten der Länder weiter von den Beschäftigten der Kommunen abgekoppelt!

Bei unserer Forderung nach Tarifierung der schulischen

Ausbildungsgänge, insbesondere in den Gesundheitsberufen, geben sich die Arbeitgeber unwissend. Dabei übersehen sie, wie wichtig diese Ausbildungen für die Krankenhäuser sind. Gleichzeitig setzen sie damit die Benachteiligung der zumeist jungen Frauen in diesen Ausbildungen fort.

In der Frage der Begrenzung sachgrundloser Befristungen sehen die Arbeitgeber nicht, dass sie mit befristeten Verträgen den erforderlichen Fachkräftenachwuchs nicht gewinnen können. Von den

negativen Auswirkungen für die betroffenen Beschäftigten ganz zu schweigen.

Die Ländervertreter wollen keine Zusage geben, das Ergebnis der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Stattdessen verweisen sie darauf, dass das Anliegen der Länderparlamente sei. Damit verstecken sie sich hinter den Abgeordneten, obwohl es die Regierungen sind, die die Gesetzesentwürfe vorlegen.



Frank Bsirske
ver.di-Vorsitzender

„Die Antwort kommt aus den Betrieben. Jetzt heißt es: Auf in die Warnstreiks! Die zu organisieren, ist jetzt unsere Aufgabe!“



Jetzt Mitglied werden!



www.mitgliedwerden.verdi.de

Unsere Antwort auf die TdL ist eindeutig:

- ver.di ruft zu Warnstreiks auf!
- Jetzt müssen die Beschäftigten zeigen, was sie von dieser Art zu verhandeln halten.
- Bis zur dritten Verhandlungsrunde am 16./17. Februar 2017 in Potsdam muss mächtig Druck gemacht werden!

Weil es um mehr geht!